

## SEMINAR

zum

### Internationalen Vertragsrecht,

insbesondere zum Kollisionsrecht der Beförderungsverträge

### Themenliste

1.	Die Rom I-VO und das Römische EWG-Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anwendbare Recht v. 19.6.1980 – Gemeinsamkeiten und Unterschiede	- noch zu vergeben -
2.	Die Rom I-VO und der Vorschlag der Kommission v. 15.12.2005, KOM (2005) 650 endg. – Welche Vorschläge konnten sich nicht durchsetzen?	- noch zu vergeben -
3.	Stillschweigende Rechtswahl durch Prozessverhalten: Art. 3 Rom I-VO iVm Erwägungsgrund (12).	- noch zu vergeben -
4.	Die Regelung der Verbraucherverträge nach der Rom I-VO.	Philipp Trube
5.	Der Regress in der Lieferkette von Verbraucherverträgen: Rom I-VO und Rechtswahl zugunsten des Schweizer Rechts.	- noch zu vergeben -
6.	Die objektive Anknüpfung nach Art. 4 Rom I-VO – Systematik und Kritik	Christopher Wolters
7.	Die Ausweichklausel nach Art. 4 Abs. 3 Rom I-VO	Konrad Apeldorn
8.	Der gewöhnliche Aufenthalt eines Unternehmens iSv Art. 4, 19 Rom I-VO	Henrik Helm
9.	Vertragsbegriff und Art. 10 Rom I-VO - Die Einigung und die materielle Wirksamkeit des Vertrages	Michael Bühl

10.	Zustandekommen und Wirksamkeit der Rechtswahl – Art. 3 Abs. 5 u. Art. 10 Rom I-VO.	- noch zu vergeben -
11.	Der Geltungsbereich des anzuwendenden Rechts gem. Art. 12 Abs. 1 Rom-I VO. Unstreitiges und Grenzfälle	- noch zu vergeben -
12.	Güterbeförderungsverträge : Systematik und Anwendung von Art. 5 Abs. 1 u. 3 Rom I-VO	Christian Liese
13.	Personenbeförderungsverträge: Systematik und Anwendung von Art. 5 Abs. 2 u. 3 Rom I-VO	Nina Schmitz
14.	Der subsidiäre Anwendungsbereich des Art. 5 Rom I-VO und das vorrangige Einheitsrecht.	Georg Seitz
15.	Multimodaler Transport und hypothetischer Teilstreckenvertrag: Ist § 452 a HGB Kollisions- oder Sachnorm (BGH v. 25.10.2007 I ZR 151/04 u. BGH v. 14.2.2008 I ZR 183/05)?	- noch zu vergeben -



**Risikobegrenzungsgesetz und Bankgeheimnis.**

16.	Die neuen Darlehensnehmerschutzvorschriften im Risikobegrenzungsgesetz unter Berücksichtigung des Grün- und Weissbuchs zur Integration der Hypothekarkreditmärkte in Europa: Transparenzvorschriften, AGB-Recht und Abtretung gem. § 354 a HGB	Thomas Hohe
17.	Die neuen Darlehensnehmerschutzvorschriften im Risikobegrenzungsgesetz unter Berücksichtigung des Grün- und Weissbuchs zur Integration der Hypothekarkreditmärkte in Europa betreffend die Grundsuld	Philip Schwarz
18.	Nicht aufgenommene Regeln im Risikobegrenzungsgesetz unter Berücksichtigung des Grün- und Weissbuchs zur Integration der Hypothekarkreditmärkte in Europa: Abtretungsverbote, Kündigungs- und Widerrufsrecht, Datenschutz, Bankgeheimnis und Aufsichtsrecht.	- noch zu vergeben -
19.	Das Bankgeheimnis in Österreich, Liechtenstein und der Schweiz im Vergleich zum deutschen Recht – Rechtsgrundlagen für die Verschwiegenheitspflicht der Banken gegenüber dem Kunden im Verhältnis zu nichtstaatlichen Stellen.	Julia Balensiefen
20.	Das Bankgeheimnis in Luxemburg und Frankreich im Vergleich zum deutschen Recht, – Rechtsgrundlagen für die Verschwiegenheitspflicht der Banken gegenüber dem Kunden im Verhältnis zu nichtstaatlichen Stellen.	Friederike Heinzelmann
21.	Verstößt ein gesetzliches Abtretungsverbot für Bankdarlehen aus Gründen des Darlehensnehmerschutzes gegen die EU-Kapitalverkehrsfreiheit (OLG Schleswig, WM 2007, 2103 = BKR 2008, 25)?	Marcel Brinkmann

Die schriftlichen Seminararbeiten sollten eine Woche vor dem Seminartermin und damit am 1.12.2008 in drei Exemplaren abgegeben werden. Ferner sollte ein 1-seitiges Thesenpapier

(Gliederung) im Seminartermin am 8.12.2008 an die anderen Teilnehmer verteilt werden.  
Das mündliche Referat sollte 15 Minuten nicht überschreiten.

Die Anmeldung erfolgt in der Vorbesprechung am Dienstag, den 23. September 2008, 10  
Uhr in der Universität (Hs. 122).

gez. Prof. Dr. Götz Schulze

